

# Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)

Autor(en): **Wicke, B.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **61 (1967)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141296>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

vertrieben hatten? Oder den französischen Bauern Landreform offerieren, um sie mit der Niederlage der Nazi-Besetzungsmacht zu versöhnen?

Das Blaubuch anerkennt, dass das Wiederaufleben der Guerillatätigkeit nach 1954 «sowohl unvermeidlich wie erfolgreich sein musste, nicht allein, weil die in Genf versprochenen Wahlen nicht abgehalten wurden, sondern auch infolge der Unterdrückung jeder politischen Opposition im Süden und nicht etwa bloss der Opposition des Vietcongs». Zum Sturz Diems trug auch bei, dass er ausschliesslich die katholischen Flüchtlinge aus dem Norden über die grösstenteils buddhistische Bevölkerung des Südens herrschen liess. Viele von den Revolutionären im Süden waren nicht notwendigerweise Kommunisten, sondern in erster Linie anti-Saigon und anti-Diem. Auch das republikanische Blaubuch klagt gegen Johnson, dass er nach Kennedys Tod ein Verhandlungsangebot aus Hanoi unterschlagen habe und sich mit falschen Versprechungen Vollmachten für die Eskalation in der Tonkin-Bucht sicherte.

Es gibt, kurz gesagt, sehr wenig, was die Ankläger gegen diesen Krieg vorbringen, das in dieser 91seitigen Publikation der Republikaner nicht bestätigt und dokumentarisch belegt würde. Das Blaubuch gibt unsere Antwort auf das verlogene Weissbuch des State Department von 1965. Es weist darauf hin, dass die Versprechen einer Landreform nicht gehalten werden, und gibt die Geschichte der verpassten Verhandlungsgelegenheiten im Detail.

Zusammenfassend heisst es im Blaubuch zum Schluss: «Dient die Republikanische Partei Amerika wohl am besten, indem sie behauptet, dass es in der Aussenpolitik nur *eine* amerikanische Auffassung gibt? Dass also für demokratische Fehler die Republikaner verantwortlich sind, und dass wir uns alle hinter den Präsidenten scharen müssen?»

Wie gesagt – hier kommt von der Rechten mächtige Unterstützung für den Friedenskampf.

## Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)

Im friedlichen Rahmen von Crêt-Bérard ob Chexbres tagte vom 26.–30. Juni die Exekutive der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, 37 Vertreterinnen aus 14 verschiedenen Ländern. Berichte der Präsidentin, der Vertreterinnen bei der UNO und der Unesco und von den Sektionen über die Arbeit im vergangenen Jahr sowie Kommissionsberichte über Friedensforschung, friedliche Lösung von Konflikten und über besondere Gefahrenggebiete und die Besprechung und Annahme von zwölf Resolutionen wurden in zehnstündigen Arbeitstagen bewältigt.

Natürlich wurden die Probleme des Mittleren Ostens an den Anfang gestellt. Ein Bericht von *Johanne Reutz-Gjermoe* (Norwegen) über ihre Mis-

sion im Mittleren Osten, die kurz vor dem Abbruch der Feindseligkeiten abgeschlossen war, gab ein klares Bild auch über die Gegensätze, die im arabischen Lager selbst bestanden. Doch mit Ausbruch des Krieges waren alle diese Differenzen vergessen. Mit dem Votum unserer indischen Delegierten, die vehement den arabischen Standpunkt vertraten, da sich ja Indien beim Ausbruch des Krieges sofort auf die Seite der Araber gestellt hatte, wurde der Resolutionsentwurf von *Gertrude Baer*, unserer internationalen Vertreterin bei den Vereinten Nationen, dem Internationalen Arbeitsamt in Genf und bei der FAO in Rom einstimmig und ohne Änderung angenommen, nachdem sie den *scheinbar* allgemein gehaltenen Text in allen wichtigen Einzelheiten sowie die Gründe für deren Formulierung dargelegt hatte:

#### 6. Resolution

Der Exekutiv-Ausschuss der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, welcher seit 1915 für totale und universelle Abrüstung gearbeitet hat, nahm nachstehende Resolution über die Nahostkrise *einstimmig* an:

*In Anbetracht* der vielen Faktoren politischer, wirtschaftlicher, psychologischer und strategischer Natur, die bei der heutigen Lage im Nahen Osten mitspielen,

*schätzt* der Liga-Ausschuss den wichtigen Beitrag des UN-Sicherheitsrates – die Herbeiführung der Feuereinstellung – und verlässt sich darauf, dass die an den kürzlichen Feindseligkeiten beteiligten Parteien die Feuerruhe gewissenhaft einhalten werden;

*hofft* der Liga-Ausschuss, dass auf die Feuereinstellung Verhandlungen für einen sicheren und dauerhaften Frieden folgen werden, wobei die Vereinbarungen durch die UN zu garantieren sind;

*dringt* der Liga-Ausschuss darauf, dass ein solcher Friede auf der gegenseitigen Anerkennung des Rechtes aller souveränen Staaten jener Region auf Friede, Sicherheit, politische Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit gegründet sei.

Vorstehende Resolution geht an:

Generalsekretär U Thant,

den Vorsitzenden der UN-Generalversammlung,

den Vorsitzenden des Sicherheitsrates,

die Delegationen von Israel und der 13 Länder der Arabischen Liga,

die UN-Delegationen der Länder, wo WILPF vertreten ist.

Neben Resolutionen, wie zum Teil ähnliche schon früher aufgestellt worden waren über Vietnam, die Notwendigkeit der Aufnahme aller Staaten in die UNO, Internationale Wasserwege, Nukleare Waffen usw., gab besonders diejenige über Griechenland Gelegenheit, die nahe Verwandtschaft des griechischen Staatsstreiches mit den Praktiken aus der Zeit des Nationalsozialismus hervorzuheben:

#### 8. Resolution

Der Internationale Exekutivausschuss, in Fortführung seines 52jährigen Einstehens für die Sicherung der Menschenrechte und für Frieden und Freiheit, nahm nachstehende Resolution über Griechenland *einstimmig* an.

Der Liga-Ausschuss

*verurteilt* den kürzlich erfolgten Staatsstreich in Griechenland, der anstelle der Zivilregierung eine Militärregierung setzt,

die Verletzung menschlicher Grundrechte und anderer demokratischer Grundsätze durch

– die willkürliche Verhaftung von Tausenden, unter ihnen 3000 Männer und 250 Frauen aller Gesellschaftsschichten, die zusammen auf eine öde Insel gebracht wurden und dort unter Erwartung eines Kriegsgerichtsurteils festgehalten werden, ohne Rücksicht auf ihre Kinder, die zuhause ihrem Schicksal überlassen werden;

– die Schaffung einer Angstpsychose, die gefährlich ist für die inhaftierten Männer und Frauen wie für die Gesellschaft, der sie angehören;

– die Unterdrückung von Gedanken- und Redefreiheit, Presse- und Versammlungsfreiheit, was die geistige Situation vergiftet.

Unsere Sorge um die politischen Gefangenen in Griechenland wird keineswegs erleichtert durch Nachrichten über Entlassungen einer bedeutenden Anzahl von Häftlingen auf Grund eines Versprechens, «nicht länger an antinationalen Manifestationen teilzunehmen». Die Forderung solcher Versprechen, besonders in der heutigen Atmosphäre der Furcht, verstösst gegen die elementarsten Regeln der Demokratie und menschlichen Würde.

Wir fordern mit allem Nachdruck die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen, Männer und Frauen, und die Wiederherstellung der Rechte und Freiheiten aller Bürger des Landes.

Diese Resolution geht an:

die griechische Regierung,

Amnesty International,

die Menschenrechtskommission der UN,

den Internationalen Juristenausschuss,

die Sektionen der WILPF.

Die Mitgliederwerbung für die IFFF, die auch eingehend besprochen wurde, scheint in der Schweiz besonders schwierig. Der Grund dafür liegt wohl darin, dass unsere Regierung sich zu aller Friedensarbeit sehr zurückhaltend verhält, was durch eine sogenannte «realistische» Skepsis der Bevölkerung unterstützt wird. Es wäre daher für alle Mitglieder des Schweizer Zweiges wichtig, aktiv mitzuarbeiten und dadurch neue Mitglieder zu gewinnen, die von der absoluten Notwendigkeit, sich für Sicherheit und Frieden für alle einzusetzen, überzeugt sind. Die Teilnahme an dem alle drei Jahre stattfindenden Kongress im nächsten Sommer gibt den Mitgliedern Gelegenheit, an der internationalen Arbeit teilzuhaben und im Kontakt mit Delegierten aus andern Ländern die Probleme der Friedensarbeit in weltweiter Sicht zu sehen.

B. Wicke